

Antrag

der Abgeordneten Birgit Homburger, Angelika Brunkhorst, Michael Kauch, Dr. Karl Addicks, Daniel Bahr (Münster), Rainer Brüderle, Ernst Burgbacher, Ulrike Flach, Otto Fricke, Horst Friedrich (Bayreuth), Rainer Funke, Hans-Michael Goldmann, Klaus Haupt, Ulrich Heinrich, Dr. Werner Hoyer, Hellmut Königshaus, Dr. Heinrich L. Kolb, Gudrun Kopp, Jürgen Koppelin, Sibylle Laurischk, Harald Leibrecht, Dirk Niebel, Hans-Joachim Otto (Frankfurt), Eberhard Otto (Godern), Detlef Parr, Cornelia Pieper, Gisela Piltz, Carl-Ludwig Thiele, Dr. Claudia Winterstein, Dr. Volker Wissing, Dr. Wolfgang Gerhardt und der Fraktion der FDP

Mehr Klimaschutz zu geringeren Kosten durch nationale Projekte ermöglichen

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Mit der Ratifizierung des Kyoto-Protokolls durch Russland und seinem Inkrafttreten am 16. Februar 2005 wurde ein Durchbruch für den internationalen Klimaschutz erzielt. Jetzt geht es darum, den Kyoto-Prozess mit Leben zu erfüllen und zum ökologischen und ökonomischen Erfolg zu führen. Spätestens für die Zeit nach 2012 muss eine Gesamtstrategie erarbeitet werden, die nicht nur Treibhausgase aus Energieumwandlungsprozessen und bestimmte Anlagen umfasst, sondern auch die Sektoren Haushalte und Verkehr einbezieht. Außerdem müssen neben Kohlendioxid auch die anderen Klimagase, die im Kyoto-Protokoll ebenso aufgeführt sind, in den Emissionshandel einbezogen werden.

Vor dem Hintergrund der Notwendigkeit einer Weiterentwicklung nationaler Maßnahmen ergeben sich reizvolle Perspektiven aus einer konzeptionellen Erweiterung des Kyoto-Mechanismus der so genannten „Gemeinsamen Umsetzung“ (Joint Implementation, JI). Dieser Mechanismus generiert Emissionsgutschriften, wenn klimarelevante Investitionsprojekte zwischen Industrie- oder Transformationsländern vereinbart werden. Dabei geht es vorwiegend um Klimaschutzprojekte, die in den Staaten Mittel- und Osteuropas durchgeführt werden. Die Weiterentwicklung bezieht sich auf eine Öffnung des JI-Mechanismus für nationale Projekte.

Die Idee knüpft an den Sachverhalt an, dass der JI-Mechanismus des Kyoto-Protokolls verlangt, dass Gast- und Investorland unterschiedlich sind. Würde demgegenüber z. B. ein Investor in Deutschland mit einem Investitionsprojekt innerhalb Deutschlands Emissionsminderungsleistungen realisieren – Gast- und Investorland wären also identisch (so genannte „unilaterale JI-Projekte“) – entstünden keine handelbaren CO₂-Zertifikate. Ein- und dasselbe Projekt wird also unterschiedlich behandelt, je nachdem, ob der Investor ein ausländisches oder heimisches Unternehmen ist. Diese Ungleichbehandlung ist klimapolitisch

unbegründet und ökonomisch höchst unvorteilhaft: Um aus einem klimarelevanten Investitionsprojekt im Rahmen des JI handelbare CO₂-Zertifikate zu erhalten, müsste der deutsche Investor in diesem Fall die in Deutschland durchgeführten Emissionsminderungen zunächst an einen Investor in einem anderen Industrieland verkaufen. Erst anschließend könnten die CO₂-Zertifikate nach Deutschland reimportiert und zugunsten des deutschen Investors in europäische Zertifikate umgetauscht werden. Diese Ungleichbehandlung und die damit verbundenen Nachteile könnten durch die Einführung von nationalen Projekten aufgehoben werden. Damit würde inländischen Investoren die Möglichkeit gegeben, JI-Projekte im eigenen Land durchzuführen, dafür Zertifikate zu erhalten und damit erhebliche Senkungspotentiale für Klimagase in Deutschland zu erschließen.

Dabei gilt es zu gewährleisten, dass die betreffenden Projekte dieselben Anforderungen erfüllen, wie dies bereits von CDM- und JI-Projekten verlangt wird. Sicherzustellen muss demnach, dass durch entsprechende Projekte die Emission von Treibhausgasen in Anlagen vermieden oder verringert wird, die sich außerhalb des Emissionshandelssystems befinden und es also nicht zu einer Doppelzählung derselben Investition kommt. Außerdem muss die Reduktion im Vergleich zu einer ohne die Projektaktivität eintretenden Situation berechnet werden (Zusätzlichkeit).

Im Vergleich zu CDM- und JI-Projekten weist das Konzept nationaler Projekte den Vorteil auf, dass die Suchfunktion des Marktes aktiviert wird, was einen Beitrag zu einer stärkeren Flexibilisierung des Klimaschutzes in Deutschland leisten würde. Dies erschließt systematisch weitere Potentiale zur allgemeinen Kostensenkung. Insbesondere für kleine und mittlere Unternehmen weisen nationale Projekte im Vergleich zu CDM- und JI-Projekten geringere Transaktionskosten auf (keine Sprachbarrieren, keine Absprachen mit einem Gastland, kein Wechselkursrisiko, Nutzung bereits bestehender Geschäftsbeziehungen, weniger Reisekosten, geringere rechtliche Risiken, weil der Rahmen bekannt ist, geringerer administrative Aufwand, da nur noch die Genehmigung der deutschen Behörden einzuholen ist).

Die besondere Leistungsfähigkeit einer Weiterentwicklung des JI-Mechanismus im Sinne nationaler Projekte liegt ferner darin, dass die internationalen Instrumente des Kyoto-Protokolls weiterentwickelt und genutzt werden, zugleich aber Klimaschutzaktivitäten auf nationaler Ebene vorangetrieben werden. Deutschland könnte auf der Ebene konkreter Klimaschutzprojekte Erfahrungen bei der Beantwortung der Frage sammeln, wie die Integration von anderen Treibhausgasen als CO₂ und Emissionsminderungsmaßnahmen in bisher noch nicht erfassten Sektoren (Verkehr und Gebäude) in den Zertifikatehandel geleistet werden kann. Deutschland könnte sich auf diese Weise substantiell an der Weiterentwicklung des internationalen und europäischen Zertifikatehandels beteiligen. Dabei würden konkrete Projektinitiativen von interessierten Investoren entwickelt. Es wären also private Initiativen und der Marktmechanismus, der die Ideen und Vorschläge zur Lösung der beiden vorgenannten Probleme generiert.

Das Verpassen der Chancen vergangener Jahre darf sich bei der Weiterentwicklung der Kyoto-Mechanismen nicht wiederholen. An dieser Stelle gilt es für Deutschland, kreativ und proaktiv die Initiative zu ergreifen.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

- sich auf europäischer Ebene mit eigenen Vorschlägen und Konzepten an der Diskussion zur Weiterentwicklung der flexiblen Instrumente des Kyoto-Protokolls zu beteiligen und dabei insbesondere Programme zur Entwicklung und Erprobung nationaler JI-Projekte zu erarbeiten, um Erfahrungen mit

diesem Konzept zu sammeln, die Unternehmen in Deutschland beizeiten mit dieser Weiterentwicklung des JI-Mechanismus vertraut zu machen und dieses Instrument insbesondere auch den kleinen und mittelständischen Unternehmen in Deutschland zugänglich zu machen,

- auf der Grundlage entsprechender Erfahrungen konstruktiv, kompetent und proaktiv auf die europäische Willensbildung und die Spielregeln zur Einbindung nationaler Projekte in das europäische System handelbarer CO₂-Zertifikate im Interesse der Unternehmen in Deutschland Einfluss zu nehmen und geeignete Vorschläge einzubringen,
- darauf zu achten, dass die Nutzung der flexiblen Mechanismen (CDM und JI einschließlich nationaler Projekte) im europäischen System handelbarer CO₂-Zertifikate nicht von vornherein in unnötig bürokratischen Vorgaben erstickt und
- darauf hinzuwirken, dass im europäischen System handelbarer CO₂-Zertifikate schnellstmöglich alle Instrumente des Kyotoabkommens (CDM und JI einschließlich nationaler Projekte, Emission Trading, Carbon Sinks) eingesetzt werden und in Deutschland die Voraussetzungen für deren Nutzung unverzüglich zu schaffen.

Berlin, den 22. Februar 2005

Birgit Homburger
Angelika Brunkhorst
Michael Kauch
Dr. Karl Addicks
Daniel Bahr (Münster)
Rainer Brüderle
Ernst Burgbacher
Ulrike Flach
Otto Fricke
Horst Friedrich (Bayreuth)
Rainer Funke
Hans-Michael Goldmann
Klaus Haupt
Ulrich Heinrich
Dr. Werner Hoyer
Hellmut Königshaus
Dr. Heinrich L., Kolb
Gudrun Kopp
Jürgen Koppelin
Sibylle Laurischk
Harald Leibrecht
Dirk Niebel
Hans-Joachim Otto (Frankfurt)
Eberhard Otto (Godern)
Detlef Parr
Cornelia Pieper
Gisela Piltz
Carl-Ludwig Thiele
Dr. Claudia Winterstein
Dr. Volker Wissing
Dr. Wolfgang Gerhardt und Fraktion

